

politischen Unruhen ist. Die Reichsregierung wird nichts unterlassen, um diesem Unheil des politischen Mordes ein Ende zu bereiten. Gießbaris zeichnete dann die Bedeutung des Ermordeten als Staatsmann. Werner sprach u. a. der früheren Reichsdamler Hohenbach namens des Deutschen Reichstages.

Der Eintritt im Ausland,
der durch die Nachricht von der Mordtat hervorgerufen wurde, geht dahin, daß man allgemeine Abschüsse und Bevorsichtigt äußert. Sowohl die französische wie auch die englische und die neutrale Presse überwiegend teilweise Kritik an der Person und der Politik Erzberger, weisen aber darauf hin, daß Deutschland durch den Mord schweren inneren Gefahren ausgesetzt sei, die vielleicht auch eine Zahlungsfähigkeit und damit zugleich seine Beziehungen zum Auslande nachteilig beeinflussen könnten. Besonders warme Teilnahme zeigte der Papst. Man hält auch in Rom das Verbrechen für ein Symptom der Fortdauer der politischen Kämpfe in Deutschland, die man außerordentlich bedauert.

Gemeinsames Vorgehen der sozialistischen Parteien.

Die Mehrheitssozialdemokraten und die Unabhängigen beabsichtigen, bei der Reichsregierung gemeinsame Vorstellungen zu erheben. Die Führer beider Parteien sind bereits zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten, in der einheitliche Richtlinien für das Vorgehen der beiden Parteien beschlossen werden sollen. Alles Anschein nach wird der Nord an Erzberger die einheitliche sozialistische Front verwirklichen, die bis jetzt nur erstrebt worden ist, aber in naher Zukunft nicht erreichbar schien.

61. Deutscher Katholikenstag.

Frankfurt a. M., 29. August.
Die offizielle Eröffnung der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, der ersten nach dem Kriege, fand heute statt. Gestern Abend war ein Begrüßungsabend vorausgegangen. Für Sonntag waren zwei Sitzungen angelegt, die erste geschlossen um 11 Uhr vormittags. Von Papst und vom Kardinal waren Begrüßungsgrammaten eingegangen. Als Vertreter des Papstes war Runtius Vacceii aus München erschienen, ferner waren anwesend Reichskanzler Dr. Wirth, preußischer Ministerpräsident Siegertwald und Bischof Augustinus von Limburg. Zum Präsidenten wurde der Abt Helmuth Regensburg gewählt, zum Ehrenpräsidenten Graf Droste Ulfelding, zum zweiten Präsidenten Graf Henckel von Donnersmarck, als besondere Ehrengäte der Katholiken Oberschlesien, zum Vizepräsidenten der Vertreter der Rheinlande, Oberbürgermeister Bartholdi Aachen und als Vertreter der Frauen Hedwig Mansfeld. Es wurde beschlossen, für die diesjährige Generalversammlung von der Bildung besonderer Ausschüsse abzusehen. Bezüglich der deutschen Katholiken, die nach dem Friedensvertrag aus dem Verbande des Deutschen Reiches ausschieden, wurde eine Feststellung angenommen, daß diese bei der jeweiligen Generalversammlung als vollberechtigte Mitglieder gelten sollen. Auch die Katholiken aus der ehemaligen Donaumonarchie und den Nachfolgestaaten sollen als gleichberechtigte Mitglieder an der Generalversammlung teilnehmen. Werner wurde die Feststellung angenommen, daß nunmehr die Frauen gleichberechtigt neben den Männern an der Versammlung teilnehmen sollen.

Reichskanzler Dr. Wirth
hielt nachmittags in der ersten öffentlichen Sitzung eine Ansprache, in der er bestätigte, daß in Deutschland noch immer Blut fließe. Er rief die deutschen Katholiken zur Beteiligung am Zeitungswerk auf. Es dürfte für sie nur ein Ziel geben: Einheit des Reiches und Sicherung seiner Zukunft. Der Kanzler erwähnte dann die Namen der verstorbenen Zentrumsführer Greber, Höhe, Trümmer, Burckhardt und fuhr fort mit Bezugnahme auf den ermordeten Erzberger: „Wir wollen auch des Mannes gedenken, der in schwerer Zeit auf verantwortungsvollen Posten gestanden hat.“ Den Namen Erzberger sprach er nicht aus.

Friedensmahnung des Runtius Vacceii.

Aus dem übrigen Reden ist zu erwähnen eine Ansprache des päpstlichen Runtius Vacceii. Er führte aus: „Noch nie hat es lebhaft der Wunsch nach einem wahren Völkerfrieden bestanden, nach einem Frieden, der über die politischen Grenzen hinweg die verschiedene und verlöhnende Brüderlichkeit. Möge die Versammlung nicht auseinandergehen, ohne ein Werk des Friedens und der Liebe laut und nachvoll auch in die christliche Welt hinausgetragen zu haben, möge die Versammlung ihre Beratungen nicht schließen, ohne den feinen Willen befindet zu haben, auf dem Wege friedlich Arbeit an dem Wiedererstehen des Vaterlandes mitzuwirken.“

Aufruf der Zentrumspartei zum Tode Erzbergers.

In einer Sonderfestung der anwesenden Vorstände der deutschen Zentrumspartei und der Reichstagsfraktion wurde ein Aufruf beschlossen, in dem es u. a. heißt: Der Abgeordnete Erzberger ist einem ruchlosen Mord zum Opfer gefallen. Er schützt nicht die Zentrumspartei an seiner Seite, was doch sein ganzes Leben, seine Jugendkraft wie sein Mannesalter dem Dienste der Partei gewidmet. Wenige haben so rafflos und hingebend gearbeitet im öffentlichen Leben wie er. Erzberger stand im Vordergrund des politischen Kampfes, und wie in dieser Kampf gegen ihn geführt wurden! Nicht mit ehrlöser Waffe — mit leidenschaftlichem Hass, auch mit Zug und Verleumdung wurde die öffentliche Meinung vergiftet, und das Ergebnis ist der gemeinsame Mord. Wir verurteilen jegliche Gewalt im Kampf der politischen Meinungen, kommen sie von rechts oder links. Wir verdammen den politischen Mord. Wir warnen und beschwören unser gesamtes Volk: Läßt ab von aller politischen Leidenschaft, von allen persönlichen Vergehung, hantiert den Geist der Freiheit zeitig.“

Der Vertrag von Wiesbaden.

Es kommt so, wie Dr. Rathenau unmittelbar nach seiner ersten Begegnung mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur angekündigt hat: Das Problem des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete und der Beteiligung Deutschlands an ihm ist eine Frage von so ungeheurem Maße, daß man seiner Lösung nur stückweise näherkommen kann. Bei der ersten Begegnung der beiden Wiederaufbauminister in Wiesbaden ist man, wie erinnertlich, über gewisse allgemeine Richtlinien nicht hinausgekommen. Die zweite Zusammenkunft am Ende der vorigen Woche hat schon zu einer Gruppe von Abmachungen geführt, die man wohl, ohne zu übertrieben, als praktische Arbeit bezeichnen kann. Man hat einen Haupervertrag ausgelegt, der nur von den beiderseitigen Regierungen und von der Reparationskommission zu genehmigen ist. Er legt die durch Deutschland zu vollbringenden Sachleistungen wie auch ihre Finanzierung innerhalb bestimmter Grenzen fest. Möglich, daß man diese Grenzen, wenn von englischer Seite nicht noch der ersten Wiesbadener Zusammenkunft gewisse Bedenken geltend gemacht worden wären, etwas weiter gezogen hätte, wie überhaupt eine gewiß leicht zu begreifende Angstlichkeit die einzelnen Festlegungen zu kennzeichnen scheint. Aber ein Fortschritt ist und bleibt es, daß man wenigstens bis zu diesem Grade sich geeinigt hat, und das schon vom 1. Ok-

tober 1921 ab mit der Ausführung dieses Abkommens begonnen werden kann.

Die Organisation der Sachleistungen ist so, wie Dr. Rathenau sie von Anfang an geplant hatte, vereinbart worden. Es soll eine Art Gesellschaft auf privater Grundlage gebildet werden, die alle Aufträge für Frankreich entgegenzunehmen, sie in Deutschland unterzubringen und für ihre Ausführung zu sorgen hat. Auf französischer Seite wird ein Zusammenschluß der Geschädigten die entsprechende Gegenorganisation bilden. Was auf diese Weise nach Frankreich geliefert wird, soll nicht in die Gesamtsumme der deutschen Ausfuhr einbezogen werden, von deren Höhe bekanntlich gemäß dem Ultimatum vom 5. Mai bestimmt die Geldabgaben an die Entente zu leisten sind. Die französischen Geschädigten sollen vom 1. Oktober ab mit allen Gegenständen beliefern werden, die sie brauchen, soweit es mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands vereinbar ist. Die Gesamtheit dieser Leistungen darf an Wert 7 Milliarden Goldmark für die ersten vier Jahre nicht überschreiten. Deutschland soll Frankreich für die Leistung dieser Lieferungen Kredite gewähren. Frankreich hat innerhalb dieser vier Jahre 1 Milliarde Goldmark abzuzahlen. Man will einen Ausschluß von drei Mitgliedern bilden, bestehend aus einem deutschen, einem französischen und einem dritten Vertreter, der von den beiden ersten, und wenn keine Einigung zu erzielen ist, von der Reparationskommission ernannt wird.

Die Kosten dieser neuen Kommission, die alle Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten zu regeln hat, sollen von beiden Seiten zu gleichen Teilen getragen werden. Für die Berechnung der Preise, die bei den einzelnen Lieferungen in Anfang zu bringen sind, hat man allgemeine Grundlagen festgelegt, insbesondere für die deutschen Kohlenlieferungen. Die deutsche Kohlenausfuhr wird nach Erfüllung der hier im einzelnen vereinbarten Lieferungen für die Geschädigten in Frankreich im übrigen freigegeben.

Auch die deutschen Bleiablieferungen, die immer nach ihren Endsummen noch nicht beglichen waren, sind nunmehr endgültig festgelegt worden. So sollen statt der 35 000 Pferde, die Frankreich noch zu fordern berechtigt sein will, „nur noch“ 12 500 Pferde und 500 Stücke geliefert werden. Man will unter diese ganzen Fragen nunmehr einen Strich machen, und Frankreich will sogar voran die Kosten der Kommission, die eigens für diesen Zweck der Rückstattung des Blechs eingesetzt wurde, zu einem Siebentel auf sich nehmen. In ähnlicher Weise soll die immer noch offene Rechnung bezüglich des Eisenbahnmaterials nunmehr endgültig beglichen werden; und endlich soll die weitere Rückstattung von Eisenbahnmaterialien an Frankreich zwei Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens eingestellt werden. Was Deutschland dann noch an französischem Material dieser Art besitzt, soll ihm verbleiben, unter der Bedingung jedoch, daß Deutschland innerhalb der nächsten acht Monate 120 000 Tonnen Industriematerial, so wie Frankreich es unter den Vorzeichen der deutschen Regierung auswählt, über den Rhein liefern. Andererseits soll Deutschland zugestehen, daß Robuste oder halbfertige französische Produkte nach Vergleichspreisen hier eingeführt werden können. Für andere französische Waren soll Deutschland bestimmte Kontingente für die Einfuhr festlegen, und drittens sollen diejenigen französischen Waren, deren Einfuhr nach Deutschland bisher verboten war, in Zukunft bis zu einem bestimmten Prozentsatz bei uns eingeführt werden dürfen.

Auch eine ganze Anzahl technischer Einzelfragen haben in einem besonderen Anhang zu dem Hauptabkommen ihre Regelung gefunden. Natürlich stehen immer noch viele wichtige Fragen offen, die erst noch durch Sachverständige weiter zu prüfen sein werden. Es bleibt also noch reichlich Arbeit zu tun übrig. Aber das, was vereinbart ist, dürfte fürs erste vollkommen genügen, um — seine Genehmigung durch die zuständigen Stellen auf beiden Seiten vorausgeschoben — den austretenden Organisationen für die nächsten Wochen und Monate vollauf zu tun zu geben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Aussetzung und Erlaß von Strafen.

Der Reichspräsident hat sich damit einverstanden erklärt, daß der Reichsminister der Justiz nach Aufhebung der außerordentlichen Gerichte die ordentlichen Gerichte zur Aussetzung und zum Erlaß der von den außerordentlichen Gerichten erkannten Strafen in demselben Umfang ermächtigt, in dem den preußischen Gerichten die Befreiung für die von ihnen verhängten Strafen zusteht. Der Reichsminister der Justiz hat mit Zustimmung des Preußischen Justizministers von dieser Ermächtigung gegenüber den preußischen Gerichten Gebrauch gemacht.

Eisenbahnvertrag mit Lettland und Litauen.

In Riga wurde zwischen Deutschland, Lettland und Litauen ein Eisenbahnvertrag abgeschlossen, der sich auf den Passagier- und Warenverkehr mit diesen Ländern bezieht. Warenzüge können in Zukunft lettändische, litauische und ostdeutsche Grenzen ohne die bisherige Kontrolle und Umladung passieren. Aus Deutschland können nach Lettland Waren direkt bis zu folgenden Stationen gefandt werden: Riga, Dünamurg, Libau, Mitau, Wall, Olmar, Windau und Rostitten. Für die von Deutschland nach Russland gehenden Warentransporte würden in Riga Umladungen erforderlich sein, da hier die deutsche Spurweite aufhört.

Die Gehaltsbewegung bei Reichsbeamten usw.

Zu den Veröffentlichungen über die Vereinbarungen zur Aussetzung der Bezüge der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter wird nachträglich noch festgestellt, daß die Gesamtbezüge der volljährigen männlichen Angestellten in den ersten 5 Vergütungsstufen des Tarifvertrages vom 4. Juli 1920 ab 1. August d. J. ebenso hoch sein werden wie in der 6. und 7. Vergütungsstufe. Die Bezüge der weiblichen volljährigen Angestellten werden in den ersten 5 Vergütungsstufen mindestens den Bezügen der weiblichen außerplanmäßigen Beamten in den ersten 5 Dienstjahren entsprechen.

Der 3. Band von Bismarcks Erinnerungen freigegeben.

Der frühere Kaiser Wilhelm II. hat unter Verzicht auf den jüngst noch vom Berliner Kammergericht anerkannten urheberrechtlichen Schutz den Abdruck der von ihm und Kaiser Friedrich verfaßten Briefe in dem im Verlag Cotta erscheinenden dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen Bismarcks“ gestattet. Damit dürfte der lang umstrittenen vollständigen Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks Erinnerungen nichts mehr im Wege stehen, obwohl diese Veröffentlichung heute wesent-

lich an Interesse verloren hat, nachdem ein großer Teil des Inhalts mittlerweile zum Teil über das Ausland bekannt geworden ist.

Übermaß ein Vertrag Lettow-Vorbeck verhindert.

Eine vom Verein für das Deutstum im Auslande in Reihenbüchlein einverfassene Versammlung, in der General von Lettow-Vorbeck über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Linkspartei verhindert.

Der ständige Reichstagsausschuß einberufen.

Der Vorsteher des 8. Ausschusses des Reichstages hat diesen Ausschuss, der nach der Verfassung berufen ist, während der parlamentären Zeit, die die Reichsregierung zu kontrollieren, zum Freitag, den 2. September, zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen. Der Ausschuss wird die innerpolitische Lage, wie sie durch die Ermordung Erzbergers sich gestaltet hat, beraten und wahrscheinlich auch Stellung nehmen zu den Vorgängen in München, insbesondere zu der Aufrechterhaltung des Ausnahmestandes durch die Regierung Koht.

Deutsch-Ostpreußen.

Die Übernahme des Burgenlandes. Die Räume, die zu übergebenden Gebiete durch die Ungarn ist vollzogen. Jedoch kam es bei dem Einmarsch der österreichischen Truppen mehrfach zu Zusammenstößen. So leisteten die Ungarn namenslich in der Gegend von Oedenburg bewaffneten Widerstand. Auf beiden Seiten hatte man Tote und Verwundete. Ungarische Gendarmerie und serbische Abteilungen halten sich noch an vereinzelten Stellen. Der Polizei ist vollständig in österreichische Hände übergegangen.

Großbritannien.

Umschlagreisen der indischen Unteren. Aus Galicu wird gemeldet: Meuterer plünderten den Staatschau in Cernab, wobei ihnen 600 000 Ripien in die Hände fielen. Alle in Untersuchungshaft befindlichen Gefangenen wurden von ihnen befreit. Die Waffen und Munitionsbestände der Polizei wurden weggeschleppt. Ein Autobus, der nach Galicu zurückkehrte, wurde überfallen, zwei Angeklagte ermordet und der Autobus in Brand gestellt. Die Aufständischen ermordeten Europäer, ihr Weg ist durch Brandstiftungen und Verwüstungen gekennzeichnet. Sie haben Homerule im ganzen Aufstandsgebiet ausgerufen und die grüne Fahne entfaltet.

Aus In- und Ausland.

London. Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Washington ist zwischen den Vereinigten Staaten und Japan eine Vereinbarung in der Handlungsfrage erzielt worden.

Belgrad. König Alexander von Serbien ist an einem gefährlichen Geschwür erkrankt, das operiert werden mußte.

Lissabon. Das Ministerium ist zurückgetreten.

Warschau. Ein aus Russland kommender Zug mit zurückkehrenden Polen ist bei Warsawowitsch entgleist. 13 Personen wurden getötet, 20 verletzt.

Bordeaux. Zwei überfüllte Straßenbahnen sind ineinander gerammt, wobei die Wagen aus den Schienen sprangen und die Reisenden unter sich begraben. Eine Person wurde getötet, ungefähr 20 verletzt, darunter 5 tödlich.

Konstantinopel. Man meldet aus Konstantinopel, daß die Bewegungen des rechten türkischen Flügels sich zugunsten der Türken entwickeln. Der Rückzug der Griechen ist beobachtet.

Blutige Demonstrationen in Potsdam

Zwei Todesopfer.

Potsdam, 29. August.

Der Jugendbund der deutschnationalen Volkspartei in Potsdam hatte eine Erinnerungsfeier an die Schlacht von Tannenberg geplant, die in Gestalt einer Versammlung unter freiem Himmel stattfinden sollte. Der Stadtrat mit Gegenverbündungen drohte, verbot der Polizeipräsident die Versammlung unter freiem Himmel. Darauf hielt die Deutschnationalen ihre Feier in der großen Lufthalle und in einer Gymnastikhalle ab; die Feiern verließen ruhig. Dagegen kamen anlässlich der Gegendemonstration der Linksparteien Zwischenfälle vor. In mehreren Bürgern, zusammen 12 000 Mann, Potsdamer und Auswärtige, marschierten sie am Nachmittag durch die Stadt, um sich dann auf mehrere Lokale zu verteilen. Unterwegs nahmen sie an verschiedenen schwarz-weiß-roten Fahnen und Schleifen Anstoß, die anlässlich der Tannenbergfeier ausgedehnt oder angelegt worden waren. Zwei Reichswehrsoldaten gerieten auf irgendwelche Weise mit den Demonstranten in Streit; die Meldungen über diesen Vorgang sind nicht klar. Die Soldaten mußten flüchten und wurden verfolgt. Auf einer Brücke über den Kanal traten den Verfolgern die Polizeiwachtmeister Iwan und Wolff entgegen. Beide wurden angegriffen und verprügelt. Wolff, schwerverletzt, griff zum Revolver und gab fünf Schüsse ab, von denen zwei seiner Angreifer getötet wurden: die Arbeiter Regener aus Siegels und Hensel aus Berlin. Darauf gelang es der Polizei, die Straßen abzusperren.

Individuelle hatten die Demonstranten am Schloß schwarz-weiß-rote Fahnen verbrannt. Man bereitete sich zum Abmarsch vor, als die Nachricht von der Erschießung der beiden Leute eintraf. Verschiedene Jugendliche machten Miere, darauf das Schloß zu stürmen, wurden aber von bewaffneten Elementen zurückgehalten. Eine Abordnung begab sich sofort zum Polizeipräsidium von Bismarck, der strenge Untersuchung des Falles zufügte. Die verlangte Jurisdiktion der Schutzpolizei konnte nicht genehmigt werden, aber die Abhaltung einer Versammlung im Lustgarten, entgegen dem ursprünglichen Verbot, wurde füllschweigend geduldet. Darauf zerstreuten sich die Demonstranten, nachdem schon ein Teil von ihnen mit der Eisenbahn Potsdam wieder verlassen hatte.

Am Abend war Potsdam wieder ruhig. Die schwarz-weiß-roten Fahnen waren verschwunden. Die Staatswacht begann sofort die Untersuchung mit der Vernehmung der Augenzeugen. Die Leichen sollen abgebaut werden. Der schwerverletzte Wachtmeister Wolff liegt im Potsdamer Verpflegungslazarett.

Von Lenin gestohlene Papiere in Russland ein

Berlin, 28. August. In einem Briefe, der im „Molin“ veröffentlicht wird, gibt Lenin das Gedächtnis des Bolschewismus zu. Er persönlich, erzählt Lenin, sei vollständig ruinirt. Seit drei Jahren habe er schon an der Durchführung des Bolschewismus gearbeitet. Trotzdem habe er die irgende Methode weiter verfolgt, und ich, wo er das Resultat des Bolschewismus sehe, gesehe er ein, daß alles verloren sei, daß er die Kraft der Arbeiter und Bauern übersehen hätte. Die kommunistische Partei habe sich sehr betrogen. Ohne ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien wäre der vollständige Zusammenbruch Russlands nicht zu vermeiden, da die gegenwärtigen Tendenzen zu stark seien.

Europäische Geschehnisse

Am ersten Tag des Monats und August brachten Scharen von Menschen aus dem Auslande, sondern aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am zweiten Tag des Monats und August brachte eine Versammlung, in der General von Lettow-Vorbeck über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Linkspartei verhindert.

Auf den Tag des Monats und August brachte eine Versammlung, in der General von Lettow-Vorbeck über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Linkspartei verhindert.

Auf den Tag des Monats und August brachte eine Versammlung, in der General von Lettow-Vorbeck über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Linkspartei verhindert.

Auf den Tag des Monats und August brachte eine Versammlung, in der General von Lettow-Vorbeck über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Linkspartei verhindert.

Auf den Tag des Monats und August brachte eine Versammlung, in der General von Lettow-Vorbeck über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Linkspartei verhindert.

Auf den Tag des Monats und August brachte eine Versammlung, in der General von Lettow-Vorbeck